

Datenschutzerklärung

Online-Beantragung eines Wahl-/Abstimmungsscheines



Information

nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bei Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person

Verantwortliche Stelle

Magistrat der Stadt Friedrichsdorf
Verkehrs- und Ordnungsamt - Wahlamt
Hugenottenstraße 55, 61381 Friedrichsdorf
Telefon 06172 731 0, Telefax 06172 731 50
Email: stadtverwaltung@friedrichsdorf.de, Internet: www.friedrichsdorf.de

Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Magistrat der Stadt Friedrichsdorf
Datenschutzbeauftragte
Hugenottenstraße 55, 61381 Friedrichsdorf
Telefon 06172 731 1345, Telefax 06172 731 512345
Email: datenschutz@friedrichsdorf.de, Internet: www.friedrichsdorf.de

Zweck für die Erhebung der personenbezogenen Daten

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient dazu, Ihren Antrag auf einen Wahl-/Abstimmungsschein zu bearbeiten.

Soweit Sie einen Wahl-/Abstimmungsschein beantragen wollen, müssen Sie personenbezogene Daten angeben, damit Ihr Antrag entsprechend bearbeitet werden kann. Bei diesen personenbezogenen Daten handelt es sich um Informationen, die von uns benötigt werden, um Ihnen den Dienst zu ermöglichen. Bestimmte gekennzeichnete Angaben sind verpflichtend anzugeben, um den von Ihnen angestrebten Antrag bearbeiten zu können. Weitere Informationen können von Ihnen freiwillig bereitgestellt werden.

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nur rechtmäßig, wenn einer der gemäß Art. 6 DS-GVO in Verbindung mit § 3 und §§ 20 ff HDSIG Gründe erfüllt und die entsprechenden Bestimmungen eingehalten sind.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1 lit. a) in Verbindung mit lit. e), Abs. 3 Satz 1 b) DS-GVO (Datenschutz-Grundverordnung), § 3 Abs. 1 HDSIG Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) sowie der geltenden Bestimmungen der entsprechenden Wahlordnung:

- Europawahl:
§§ 24 - 30 Europawahlordnung (EuWO)
- Bundestagswahl:
§§ 25 - 31 Bundeswahlordnung (BWO)
- Landtagswahl:
§§ 12 - 17 Landeswahlordnung (LWO)
- Kommunalwahlen:
§§ 16 – 21 Kommunalwahlordnung (KWO)

Weitergabe von personenbezogenen Daten an Dritte

In Bezug auf den Zweck für die Erhebung und die damit verbundene erforderliche Verarbeitung werden personenbezogene Daten nur an Dritte weitergegeben, wenn ein Gesetz diese Übermittlung erlaubt oder Sie uns die Einwilligung erteilt haben.

Empfänger der personenbezogenen Daten können insbesondere sein:

Intern - Alle Stellen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Stadt Friedrichsdorf, die diese Daten zur Erfüllung der in Verbindung mit dem angegebenen Zweck stehenden Verwaltungsaufgaben gemäß Zugriffsberechtigung benötigen.

Extern – Systembereitstellung durch die ekom21 – KGRZ Hessen, <https://www.ekom21.de/meta/datenschutzerklaerung/> (Auftragsverarbeiter gem. Art. 30 Abs. 2 DS-GVO) und HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH, Rudolf-Diesel-Str. 2, 16356 Ahrensfelde OT Lindenberg, <https://www.wahlschein.de/Datenschutz/> (Subunternehmer zum Auftragsverarbeiter).

Datenübermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation

Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten an ein Land außerhalb der Europäischen Union bzw. an ein Land ohne angemessenes Datenschutzniveau oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

Dauer der Speicherung

Die Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien erfolgen unter Beachtung der jeweiligen Aufbewahrungs- und Löschfristen der papiergebundenen Wahlunterlagen.

Rechtsgrundlagen: §112 Kommunalwahlordnung (KWO), §76 Landeswahlordnung (LWO), §90 Bundeswahlordnung (BWO), §83 Europawahlordnung (EuWO).

Datenschutzrechte der betroffenen Personen

Sie haben nach Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und Hessischem Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) das

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO, § 34 BDSG, § 52 HDSIG);
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO, § 53 HDSIG);
- Recht auf Löschung, sofern die Daten für die Zwecke zu denen sie erhoben und verarbeitet wurden oder zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, nichtmehr notwendig sind (Art. 17 DSGVO, 35 BDSG, § 34 HDSIG);
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung unter bestimmten Voraussetzungen, z. B. wenn die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der Daten aber ablehnt, z. B. weil sie sie noch zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen benötigt (Art. 18 DSGVO, 35 BDSG, § 34 HDSIG); dieses Recht ersetzt nach BDSG / HDSIG in bestimmten Fällen das Recht auf Löschung;
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) – Ausnahme, wenn Ihre Daten aufgrund gesetzlicher Grundlage verarbeitet werden;
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO, § 36 BDSG, § 35 HDSIG). Das Recht auf Widerspruch besteht nicht, wenn Sie gesetzlich zur Bereitstellung der Daten verpflichtet sind;
- Recht auf Widerruf der Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 7 Abs. 3 DSGVO). Das Recht auf Widerruf besteht nicht, wenn die Verarbeitung Ihrer Daten nicht aufgrund Ihrer Einwilligung, sondern auf anderer Rechtsgrundlage erfolgt.

Rechte auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde

Wenn Sie meinen, dass die Verarbeitung Ihrer Daten durch uns gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt, haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,

Postfach 3163, 65021 Wiesbaden

Telefon: +49 611 1408 – 0, Telefax: +49 611 1408 – 611.

Email: Poststelle@datenschutz.hessen.de, Internet: <https://datenschutz.hessen.de/>